

Russland: Geopolitik im Wandel

Jutta Scherrer

»Putinismus« als Identitätskonstruktion?

Der Konsens, den Putins Stabilisierungspolitik und der mit ihr verbundene ethnische und zivilisatorische Nationalismus finden, ist nicht ohne den Hintergrund der Identitätskrise verständlich, die die Auflösung der Sowjetunion nach sich gezogen hatte. Ob Putins Nachfolger weiterhin den Identitätsfaktor als Mittel der Mobilisierung nationaler Größe an Stelle von Freiheit und Demokratie instrumentalisieren wird, bleibt abzuwarten.

Am 9. Mai dieses Jahres wurden auf dem Roten Platz erstmals seit dem Ende der Sowjetunion wieder schwere Panzer und Raketen aufgeföhren. Russlands wiedererlangte Stärke mit derartigen Mitteln zur Schau zu stellen, war dem Regime vierzig Millionen Dollar für Straßenschäden wert. Dass es sich am »Tag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg« um eine Selbstdarstellung von Putins Regime handelte, bezweifelte niemand. Dass Putin seinen bereits ernannten Nachfolger Medwedew selbst erkor, ist als Zeichen der Kontinuität willkommen, war doch die Stabilisierung des Systems für den russischen Durchschnittsbürger in den letzten Jahren nur von Vorteil.

Der Wiederaufbau eines starken Staates und die Wiedererlangung des Weltmachtstatus waren von Anfang an Putins erklärte Prioritäten für Russland. Hiermit erzielte er den Konsens der russischen Gesellschaft, die sich an die Jelzin-Jahre ausschließlich als soziale Katastrophe erinnert und bis heute den Zerfall der Sowjetunion als Mahnmal für den möglichen Zerfall der Russischen Föderation beschwört. Die durch die Auflösung der Sowjetunion bedingte Dezimierung Russlands auf seine Grenzen im 17. Jahrhundert hinterließ ein Trauma, das niemand besser als Putin in seinem Bericht



Jutta Scherrer

(* 1942) ist Professorin für Russische Geschichte an der *École des Hautes Études en Sciences Sociales* in Paris.

scherrer@ehess.fr

an die Nation im April 2005 erfasste, indem er den Untergang der Sowjetunion als »größte geopolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts« beklagte. Auch von hierher erklärt sich die Akzeptanz eines starken Führers, der die Staatsautorität, koste es was es wolle, wieder einsetzt, den Krieg gegen Tschetschenien inbegriffen.

Wenn für Putins System spätestens seit seiner zweiten Amtszeit der Begriff »Putinismus« kursiert, so ist darunter eine russisch-nationalistische Regierungsform zu verstehen, deren autoritäre Methoden sich auf »gelenkte Demokratie« oder »souveräne Demokratie«, »Diktatur des Rechts«, »Machtvertikale« und »administrativen Kapitalismus« stützen (und zuweilen an den »demokratischen Zentralismus« des sowjetischen Parteistaats erinnern). Eine den Staat kontrollierende Zivilgesellschaft konnte sich in dieser Konstellation kaum entwickeln.

»Putinismus« als neue Herrschaftsideologie?

Stellt jedoch der »Putinismus«, bei aller flagranten Einschränkung der demokratischen Freiheiten und vor allem der Rechte der Medien, eine festumrissene neue Staats- oder Herrschaftsideologie dar oder ist er nicht vielmehr nur eine Etappe auf dem Weg der *identity construction*, die mit dem *nation building*-Prozess Hand in Hand geht?

Der Konsens, den Putins Stabilisierungspolitik und der mit ihr verbundene ethnische und zivilisatorische Nationalismus finden, ist nicht ohne den Hintergrund der Identitätskrise zu verstehen, die die Auflösung der Sowjetunion und Absage an das kommunistische Regime nach sich gezogen hatten. Fragen wie »Wer sind wir?« oder »Wohin geht Russland?« beunruhigten die Gesellschaft der 90er Jahre in einem Maße, dass Präsident Jelzin 1996 einen Wettbewerb für »die beste Idee Russlands« ausschreiben ließ. In zahlreichen Antworten kam bereits damals zum Ausdruck, dass Russland nicht den Westen zum Vorbild nehmen dürfe, sondern seinen eigenen Weg gehen müsse. Unter dem Deckmantel von »russischer Idee« (*russkaja ideja*) und »Russischsein« (*russkost*) müsse Russland seine eigenen Werte in seiner Tradition von russischer Gläubigkeit und russischem Volksgeist finden und von dem »Anderen«, dem Westen, abgrenzen.

Schon 1992 war die neue akademische Disziplin »Kulturologie« eigens dazu geschaffen worden, Sinn- und Wertvorstellungen aus vormalig tabuisierten Traditionen der russischen Geschichte und Kultur wieder lebendig zu machen und diese als Pflichtfach Schülern und Studenten anstelle des Marxismus-Leninismus zu übermitteln. Das sich aus der Kulturologie entwickelnde zivilisatorische Paradigma, das Geschichte und Gesellschaft nicht mehr von den sozioökonomischen Strukturen

her, sondern als Phänomene der Kultur oder Zivilisation erklärt, schlägt bis heute hohe Wellen und ist als Zivilisationskunde zu einem selbstständigen Unterrichtsfach geworden. Dieses bezweckt vor allem, Russlands Rolle in der Weltzivilisation nachzuweisen und auf die Bedrohung durch die Globalisierung mit der Singularität (*samo-bytnost*) der russischen Kultur zu antworten.

Die Kulturologie rehabilitierte auch die Religion als formatives Element der Kultur und stellte im Falle Russlands die »orthodoxe Ethik« und die Vorstellung von einem »orthodoxen Raum« der russischen Zivilisation heraus. Huntingtons *The Clash of Civilizations* stieß hier nicht zuletzt deshalb auf ein großes Echo, weil er Russland als »core nation« der orthodoxen Zivilisationen definierte, die als führende orthodoxe Zivilisation die orthodoxen Gläubigen des Belarus, der Ukraine, Kasachstans, Georgiens, aber auch Serbiens, Rumäniens und Bulgariens vereint.

Die orthodoxe Kirche als Kern des nationalen Selbstfindungsprozesses

Innerhalb weniger Jahre kristallisierte sich die orthodoxe Kirche in der neuen »kollektiven Erinnerung« zur einzigen Instanz heraus, die aufgrund ihrer Wurzeln im vorrevolutionären Russland mit der Vorstellung einer von Verbrechen freien »heilen Vergangenheit« verbunden wird und somit zu einem der wichtigsten Faktoren, wenn nicht zum Kern des nationalen und kulturellen Selbstfindungsprozesses Russlands wurde. Der vormalige Kommunist Jelzin appellierte in zahlreichen Diskursen an die »geistige und moralische Wiedergeburt Russlands« und die »Konsolidierung des inneren Friedens im Staat«, was nicht ohne die Kirche möglich sei. Putin, der sich als orthodoxer Christ be-

zeichnet (und dies auch gerne in der Öffentlichkeit zur Schau stellt), nutzt diese Formeln bis heute. Die Kirche verkörpert in beider Augen die Tradition eines starken Staates und soll das fehlende Band zwischen Staat und Gesellschaft knüpfen. Nationalisten, Liberale, Westler und Kommunisten machen unabhängig von ihrer politischen Orientierung Russlands »Wiedergeburt« auf der Grundlage der Orthodoxie geltend, da für sie die Erinnerung an einen starken Staat mit einer Kirche verknüpft ist, die während ihrer ganzen Geschichte aufs engste mit diesem Staat verbunden war. Die Kommunistische Partei unter Gennadij Sjuganov hat hierbei das größte Revirement vollzogen indem sie die Werte der Orthodoxie als repräsentativ für den

russischen Nationalcharakter anerkennt.

Patriarch Alexej II. und Präsident Jelzin setzten gemeinsam den äußerst kostspieligen Wiederaufbau der im 19. Jahrhundert zum Gedächtnis an Russlands Sieg über die napoleonische Armee erbauten Christus-Erlöser-Kirche im Zentrum Moskaus in Szene. Als »Symbol der Macht und der Größe Russlands« verkörpere sie die Kontinuität mit dem orthodoxen und imperialen Russland. Der von Jelzin angebahnte Weg der Rehabilitierung der Orthodoxie wurde von Putin nur fortgesetzt: sich der orthodoxen Kirche als zentralem Element für die Wiederherstellung der nationalen Einheit, des patriotischen Konsenses und der kulturellen Spezifität Russlands zu bedienen.

Die Kirche verleiht dagegen der politischen Führung ihre religiöse Sanktion bis hin zur Unterstützung Putins und Medwedews bei ihrer Wahl zum Präsidenten Russlands. In enger Übereinstimmung mit dem Staat appelliert die orthodoxe Kirche in ihrer neuen Sozialdoktrin an den »Patriotismus des orthodoxen Christen«, der sich »in der Verteidigung des Vaterlands gegen den Feind, in der Arbeit zum Wohle der Heimat, im Einsatz für das öffentliche Leben einschließlich der Teilnahme an den Angelegenheiten der Staatsverwaltung äußert«. Im Namen des »christlichen Patriotismus« hieß die orthodoxe Kirche im November 1999 auch den Tschetschenien-Krieg als Lösung antiterroristischer Aufgaben gut.

Bereits Jelzin, doch verstärkt Putin, griffen neben Symbolen der imperialen Größe Russlands auf die »russische Idee« zurück, um ihre politischen Projekte durch die Rückkehr zu den geistigen Traditionen zu legitimieren. Das diffuse aus dem 19. Jahrhundert stammende Leitwort »russische Idee«, das sowohl das russische Gemeinschafts- und Solidaritätsideal (*sobornost*) als auch die Berufung des russischen Volkes und den russischen Sonderweg beinhaltet, wird heute mit der bis auf die Anfänge der Staatsgründung und Christianisierung zurückgehenden russischen Machtstaatlichkeit in Verbindung gebracht.

Als *mythische* Formel ist die »russische Idee« ebenfalls in den Identitätsdiskurs der National-Patrioten, Kommunisten und selbst der Liberalen eingegangen und lässt sich daher umso leichter für Putins patriotischen Zentralismus und die Konsolidierung der russischen Gesellschaft durch Begriffe wie Großmacht, Nation,

Imperium, Vaterland, aber auch Modernisierung instrumentalisieren.

»Putinismus« als machtpolitische Praxis

Putin hat in vielerlei Hinsicht den von Jelzin angebahnten Weg der Identitätsfindung in der russischen Staatlichkeit und ungebrochenen Kontinuität der russischen Geschichte fortgesetzt. Allerdings hat er für den Wiederaufbau eines starken Staates die machtpolitische Komponente verschärft in den Vordergrund gestellt, indem er das Erbe des imperialen wie des sowjetischen und nachdrücklich auch des stalinistischen Staatswesens in den postsowjetischen Staatspatriotismus integrierte und zu einem wesentlichen Faktor der politischen Restauration machte. Auf dem mühsamen Weg der postsowjetischen Identitätskonstruktion ist es Putins System jedoch bisher nicht gelungen, eine offizielle Staatsideologie im Sinne einer Doktrin zu schaffen. Der neue, die Staatsmacht legitimierende Nationalismus konnte mit seinem eklektischen Gemisch alter Klischees und Stereotypen den Mangel an sinnstiftenden Ideen und Werten nicht kompensieren, er riss die russische Gesellschaft nicht aus ihrer Apathie heraus. »Putinismus«, wenn denn schon dieser Begriff verwendet wird, ist keine politische Theorie, sondern allenfalls eine politische Praxis; der Nationalismus der putinschen Stabilisierungsperiode ist pragmatischer Natur. Ob Putins Nachfolger weiterhin den Identitätsfaktor als Mittel der Mobilisierung nationaler Größe an Stelle von Freiheit und Demokratie instrumentalisieren wird, bleibt abzuwarten.